

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 2800.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die halbspaltige Reklamezeile 800.— M., auswärts 8500.— M., Ausland 8500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vorkosten 500 M.

Nr. 147

Dresden, Mittwoch den 27. Juni 1923

34. Jahrg.

Belgiens Ruhrkrankheit

Als die Meldung kam, daß das belgische Kabinett Theunis über die Frage der Plamierung der Unterwerfung dem gestürzt sei, hatten wir gleich die Vermutung ausgesprochen, daß der Rücktritt sehr wahrscheinlich aus ganz andern — und zwar außenpolitischen — Gründen erfolgte. Unsere Vermutung wurde bestätigt durch zahlreiche Meldungen über den weiteren Verlauf der belgischen Ministerkrisis und durch die Schwierigkeiten bei der Neubildung der belgischen Regierung, die immer offenkundiger werden.

Während bei den parlamentarischen Kämpfen in Frankreich die außenpolitischen Fragen nur ganz im Hintergrund auftauchen, rücken bei der belgischen Ministerkrisis die Fragen der Außenpolitik, der imperialistischen Gewaltpolitik der Entente, besonders aber das Ruhrabenteuer, immer mehr in den Vordergrund. Gewiß ist es nicht so, daß man offen sagen kann, der Rücktritt des Kabinetts Theunis sei eine Folge der französisch-belgischen Ruhrpolitik. Schon die Rücksicht auf die Abhängigkeit, in der sich Belgien heute von Frankreich befindet, verbietet es, die Dinge in Brüssel so deutlich werden zu lassen, oder gar das Kind beim rechten Namen zu nennen. Aber die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung lassen erkennen, wie sehr die Ruhrkrankheit den belgischen Staat bereits angegriffen hat.

In der Tat ist Belgien viel weniger am Ruhrabenteuer interessiert als Frankreich. Und auch die belgische Regierung wird sich für den Vorfall interessieren, doch Voincarés Gewaltpolitik war vielleicht den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch Deutschlands herbeiführen kann, aber niemals Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu erhöhen vermag. Und Belgien hat ein großes Bedürfnis nach deutschen Wiedergutmachungen in Geld oder Sachwerten. Auch für eine etwaige Währungsreform deutscher Gebiete in irgendeiner mehr oder weniger verlässlichen Form, wie sie Frankreich im Rheinland erstrebt, auch für einen solchen Siegespreis wird man in Brüssel wenig begeistert sein, da man an dem Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen schon genug zu knabbern hat, und aus dem „Gewinn“ von Eupen-Malmédy bei einer neuen Gebietsverteilung leicht ein gefährlicher Fremdkörper im belgischen Staat werden könnte.

Aber die Belgier sind nicht nur viel weniger an der Fortsetzung des Ruhrabenteuers interessiert als die Franzosen. Belgien leidet auch viel stärker als Frankreich unter den Folgen der Gewaltpolitik gegen Deutschland. Der belgische Ausfuhrhandel, besonders der Handel Antwerpens, hat seit Januar dieses Jahres, also seit Beginn des Ruhrabenteuers, außerordentlich gelitten. Außerdem sah sich die belgische Regierung gezwungen, für die Dauer der Rhein- und Ruhrbesetzung im Parlament eine Verlängerung der militärischen Dienstzeit um vier Monate (von 10 auf 14 Monate) zu beantragen. In der englischen Presse spricht man es unvorhohlen aus, daß dieser Gelegenheitswurm über die Verlängerung der Dienstzeit die wahre Ursache der belgischen Ministerkrisis bildet. Vor allem die belgischen Sozialisten, die zweitstärkste Fraktion der Kammer, haben die stärkste Opposition jeder Regierung angedroht, die dem Land die 14monatige Dienstzeit aufzwingen will. Auch innerhalb der bürgerlichen Parteien, vor allem bei den Flamen, macht sich eine starke Opposition dagegen bemerkbar, sich weiter von dem französi-

schen Imperialismus zum Schaden und auf Kosten Belgiens ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Es scheint, daß die englische Diplomatie hier geschickt eingegriffen hat und den Versuch Belgiens, seine außenpolitische Handlungsfreiheit wiedergewinnen, nachdrücklich unterstützt. Ja, es ist nicht unwahrscheinlich, daß die englisch-französische Auseinandersetzung über die Reparationsfragen und über den Abbruch des Ruhrabenteuers — die direkte Ansprache zwischen London und Paris scheint nicht vom Fleck zu kommen — auf belgischem Boden ausgefochten wird, und daß die Entscheidung auch über Deutschland in Brüssel fällt. Je nachdem, ob es England gelingt, den französischen Einfluß in Brüssel zu brechen, dürfte sich die Waage zugunsten des englischen Verständigungswillens oder der französischen Gewaltpolitik lenken.

Zweifellos würde die Besiegung Belgiens, die französische Ruhrpolitik weiter mitzumachen, in Paris seine Wirkung nicht verfehlen. Hat doch das französisch-belgische Zusammengehen noch außen hin und vor allem dem französischen Volk selbst immer noch die Tatsache verdeckelt, daß Voincarés Frontpolitik langsam aber sicher in eine „plänyende Isolierung“ hineinführt. Vielleicht trägt die belgische Regierungskrise dazu bei, dem französischen Volk die Augen zu öffnen über die Gefahren, die die Gewaltpolitik Voincarés letzten Endes auch für Frankreich hat.

Verstärkung der englischen Luftflotte

London, 26. Juni. Im Unterhaus machte der Premierminister Baldwin heute eine wichtige Mitteilung über die Verstärkung der Luftstreitmacht zur Verteidigung des Mutterlandes um 31 Geschwader. Die Regierung, sagte er, sei zu der Schlussfolgerung gelangt, daß, abgesehen von der Befriedigung der Bedürfnisse der Marine, des Heeres sowie der Verpflichtungen in Indien und anderen überseeischen Ländern, die britische Luftstreitmacht eine Verteidigungsluftflotte zum Schutz der Heimat einschließen müsse, die stark genug sei, um England ausreichend gegen Luftangriffe der stärksten Luftstreitmacht zu schützen. Eine solche Streitmacht müsse organisiert werden, teils in aktiver Form, teils in Reserve. Entsprechend den Verpflichtungen Großbritanniens, wie sie aus den Völkerverbindungen sich ergeben, werde England mit den andern Regierungen zusammenwirken, um die Stärke der Luftstreitmacht zu vermindern nach Grundätzen, die denen des Washingtoner Vertrages ähnlich seien. Jedes derartige Abkommen würde das Programm der Verstärkung der Luftstreitmacht maßgebend beeinflussen.

Der Abgeordnete Bonsonb fragte, ob dieser neue Rüstungswettbewerbs zu denselben Ergebnissen führen werde, wie der vorige. Baldwin erwiderte, nein, ich hoffe nicht. Ich hoffe, daß lange bevor diese Gefahr entsteht, ein Abkommen betreffend Rüstungseinschränkungen geschlossen sein wird. Ganz erklärte, das neue Programm schließe eine weitere Ausgabe von einer halben Million Pfund Sterling in diesem Jahre ein. Die endgültigen Gesamtkosten würden 5½ Millionen Pfund Sterling mehr betragen.

Auch ein Demokratenblatt!

Nachstehender Brief geht von aus demokratischen Kreisen zu; er wendet sich gegen die Dresdner Neuesten Nachrichten und stammt aus der Feder eines Mannes der nicht nur Mitglied der Demokratischen Partei ist, sondern sich in dieser Partei auch sehr wirksam betätigt. Der Brief beweist, daß es auch in der Demokratischen Partei Sachsen noch wirkliche Demokraten und Republikaner gibt, wie hinter diesem Briefe nicht nur der Verfasser, sondern auch eine Reihe Demokraten mit durchaus nicht unbekanntem Namen stehen.

Dresden, am 26. Juni 1923.

An die Schriftleitung der Dresdner Volkszeitung, Dresden, A. 1, Wettinerplatz

Bitte mißverstehen Sie mich nicht, wenn ich mich mit den nachstehenden Zeilen an Sie wende, aber leider steht uns bürgerlichen Demokraten ein eigenes Parteiorgan in Dresden nicht zur Verfügung, und es handelt sich ja gerade darum, darüber Aufklärung zu schaffen, daß die Dresdner Neuesten Nachrichten, die häufig, beachtet oder nicht, sich die Illusion einer bürgerlich-demokratischen Zeitung geben, von einem beachtlichen Teil meiner Parteifreunde nicht dafür angesehen werden. Anlaß zu dieser Feststellung gibt mir die Art der Polemik, die die Dr. N. N. im Verein mit andern bürgerlichen Blättern an die Planiger Rede des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Feigener knüpfen. Daraus spricht nicht Demokratie, ja ist Demagogie; ja die Dr. N. N. bringen es sogar fertig, die andern bürgerlichen Blätter durch ihre Art der Kritik noch in den Schatten zu stellen. Ohne auf diesen letzten „Fall Feigener“ irgendwie kritisch eingehen zu wollen, muß ich doch sagen, daß auch wir bürgerlich-demokratischen Republikaner ein großes Interesse daran haben müßten, daß selbst diese mit Hilfe der kommunisten geschaffene Regierung eines gewissen Maßes an Autorität nicht entbehre. Ich würde es tief bedauern, wenn unter demokratische Fraktion sich erneut zu einer Einheitsfront mit deutschnationalen Antisemiten und monarchistischen Volksparteikern zum Zwecke einer neuen Ministerbürgerei zusammenschloß. Und gerade ein Blatt, wie die Dr. N. N., sollte, wenn es wirklich demokratisch sein wollte, eher in diesem Sinne zu wirken versuchen, als sich kritisch auf die Ausführungen der kommunistischen Presse, die sich doch nun tollkühnlich als stark irreführend herausstellen, zu stützen. Diese Bereitwilligkeit halte ich nicht für demokratisch.

In andern Fällen, in denen es sich um die entsetzliche Betretung demokratisch-republikanischer Ziele oder demokratischer Weltanschauung handelt, herrscht in den Spalten der Dr. N. N. oft peinliche Vorsicht. Wie war zum Beispiel die Stellung der Dr. N. N. bei den letzten Elterneratswahlen zu der von den Demokraten Sachsen erstrebten Form der Staatschule, der durchaus toleranten weltlichen Gemeindeforschule? Wenn sie ein demokratisches Blatt wäre, müßte ihr bekannt sein, daß bei den sächsischen Demokraten trotz der eigenartigen Stellungnahme der Reichstagsfraktion die stärkste Abneigung gegen die Verschönerung der deutschen Volksschule durch ihre Auslieferung an die Konfessionen und Weltanschauungen besteht. Trotzdem ließ sie im Kampfe um die Elterneratswahlen nicht nur tolerante Neutralität vermissen, sondern setzte, nachdem sie sich bis dahin vorsichtig ausgeföhrt hatte, ihren Lesern noch am letzten Abend vor der Wahl eine mit den höchsten Unwahrscheinlichkeiten besetzte Auslassung des „christlichen“ Hauptleitern vor. Der andern Seite, die in der demokratischen Wählererschaft starken Anklang hat, blieb damit jede Möglichkeit zu rechtzeitiger Gegenüberung abgeschnitten. So kann ein demokratisches Parteiorgan nicht handeln. Ich bedauere stets tief den Mangel einer bürgerlich-demokratischen Lokalpresse und trotz deshalb in meinem Freundeskreis eine Zeitlang stark verbend für die Dr. N. N. ein, weil ich in ihr die Entwicklung zum demokratischen Organ erkannt zu haben glaube. Heute sehe ich meinen Irrtum ein. Wenn man die Dr. N. N. mit dem Maßstab ihrer demokratischen Einzelleistungen an dem Durchschnitt aus der Summe gleicher Leistungen im Dresdner Arbeiterkreis mißt, so könnte man noch viel eher diesem Volksparteiblatt eine demokratische Orientierung zuerkennen.

Trotz den oft anerkennenswerten außenpolitischen Artikeln des politischen Schriftleiters der Dr. N. N. bleibt der ideologisch-reaktionäre Unterton, der sich auch nicht durch noch so sensationelle Ueberschriften hinwegwischen läßt, deutlich erkennbar. Die Dresdner Demokraten der 1848er Richtung möchten durchaus nicht, daß die Leser der Dr. N. N. glauben, auf ein demokratisches Parteiorgan abonniert zu haben. Solche Schreibern, die nur das Trennende fördern, schaden den Volksgenossen und sind und bleiben undemokratisch. Die höhere Aufgabe der Demokratie liegt im Ausgleich der Gegensätze. Wenn die Dr. N. N. aber Kritik für sehr eilig hielt, so hätte sie nicht vergessen dürfen, daß die Verfassungseinde von rechts augenblicklich in der deutschen Republik die gefährlichsten sind. Das haben die Tatsachen bewiesen. Unferm Rathenau hielt man erst vorgestern Gedächtnisreden und die „Bayerische Ordnungsgelle“ besteht noch! Hat die Dr. N. N. schon einmal genau so energische Stellung dagegen genommen wie gegen rhetorische Entgleisungen des republikanischen Ministerpräsidenten eines Freistaates, der doch eigentlich weiter nichts wollte, als einem freien Volke einige sehr ernste, auch sonst für jeden, der sehen will, durchaus sichtbare Dinge eindringlich vor

Polenpiegel Schlageter

Die Deutsche Tageszeitung bemüht sich mit einem Eifer, der im entgegengegesetzten Verhältnis zum Erfolg steht, die Tatsachen, die der Sozial. Parlamentsdienst über die glorreiche Tätigkeit Schlageters in Danzig veröffentlichte, zu entkräften. U. a. beruft sie sich dabei auf die Vergiß-Nicht-Feitung, die, wenn die Dummheiten ihrer Redakteure ihren Namen nicht ab und zu durch ganz Deutschland trügen, in Scherfeld ein unbescholtenes Wesen führen würde. Stünden diesem Blatt, dessen Abonnementstand kaum die Zahl 2000 einschließt, Freigekaufte überschreiten dürfte, nicht Herrn von den Reichshoffen zweifelhafte Millionen zur Verfügung, dann wäre es mit seiner internationalistischen Agitation unter dem Protektorat des von der Deutschen Volkspartei geschöpften Freis Geistes über bestellt. Es ist bereits so weit gekommen, daß die bürgerlichen Parteien, u. a. auch die Deutschnationale Partei, deren Interessen bekanntlich auch die Deutsche Tageszeitung vertritt, ihre Anhänger aufgefordert haben, das Blatt aus dem Hause zu entfernen, „weil seine politische Demagogie geeignet ist, den sozialen Frieden zu stören“. Wenn trotzdem die deutschnationale Tageszeitung sich auf das Gehörge zur Beweisaufklärung beruft, dann beweist das lediglich, daß die Redaktion dieses Blattes nicht besser ist als die der Vergiß-Nicht-Feitung.

Es widerspricht unserm Gefühl, über die Spionage des Schlageter in Danzig mit einem Blatt ohne Leser, dazu von dem Grade der Charakterlosigkeit, wie ihn die Vergiß-Nicht-Feitung besitzt, in eine Polemik einzutreten. Es steht fest, daß sämtliche Angaben, die dieses Blatt zur Verteidigung Schlageters und als Angriff gegen die sozialdemokratische Presse veröffentlicht hat und die freudestrahlend von der Deutschen Tageszeitung übernommen wurden, in jeder Beziehung auf Scherfelders Erfindung beruhen. Wir halten unsere Behauptungen noch wie vor aufrecht und betonen erneut, daß Schlageter während seines Aufenthalts in Danzig Dokumente an die Polen verkauft hat.

Hitler-Terror in Bayern

Schicksalliche Blutstaten in Bann Regensburg, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Ereignisse bei einer Fahnenweihe der Hakenkreuzler in Bannau, bei der Hitler persönlich anwesend war, meldet unser Parteiblatt in Regensburg: Vom Festzug aus überfiel man die Straßenpassanten und Zuschauer, rief ihnen die Abscheu von den Kleibern, so daß die Reihen davonhingen, schlug mit Gummi knüppeln auf sie ein, ohne daß sie das geringste gemacht hätten. In der Theresienstraße wurde der Arbeiter Hf. ohne jeden Anlaß niedergebrosen, so daß er demütig liegen blieb, weil er ein republikanisches Abzeichen trug. Dem Arbeiter R. wurde aus dem Festzug heraus der linke Wadenknochen mit einem Schlagstein zertrümmert. Am Laufe des Nachmittags zogen 18 bis 20 Trupps in Stärke von je 10 Hüllergardisten durch die Stadt und bedrohten die Passanten mit Revolvern und Gummiknüppeln. Einschritten der Blauen Polizei war größtenteils erfolglos, weil die Reichswehr der Hakenkreuzler Waffenschein besaß. Nachts überfiel ein Trupp von etwa 50 Mann das Versteckstiel der freien Gewerkschaften, eröffnete das Feuer auf die dort aufgestellten Wachtposten, zog sich dann aber beim Erscheinen der Blauen Polizei zurück. Nur der Disziplin der organisierten Arbeiterchaft ist es zu danken, daß es nicht zu schwerem Blutvergießen kam.

Bombenerplosion in Wiesbaden

Wiesbaden, 26. Juni. Heute vormittag 5 Uhr explodierte im Schallertraum des hiesigen Hauptbahnhofs eine Bombe. Fast sämtliche Fensterbrüche und ein großer Teil der Einrichtung wurden zerstört. Verwundet wurden zwei Deutsche, ein Mann und eine Frau.

Berlin, 27. Juni. Wegen der Explosion einer Bombe auf dem Hauptbahnhof in Wiesbaden ist über die Stadt eine Verkehrsperre von 8½ Uhr abends an verhängt worden. Jede Ein- und Ausreise nach und aus dem Stadtgebiet ist gesperrt.